Rede vom AK Asyl e.V. anlässlich der Proteste gegen den Aufmarsch von "Biegida" am 21. September 2015 in Bielefeld:

Liebe AnwohnerInnen, FreundInnen und MitstreiterInnen

Welcome, Bienvenue, Rosbas, Selam maleikum to all refugees here!

Jede Woche erfahren wir von neuen Angriffen auf Flüchtlingsheime, letzte Woche bei uns in der Nähe in Porta Westfalica.

Jede Woche wissen wir aber, dass es weitere zahlreiche tägliche rassistische Gewalt, Diskriminierung und Beleidigungen gibt, die <u>nicht</u> in der Zeitung landen.

Deswegen sind wir heute hier, um uns der Organisierung rechter Gruppen und der alltäglichen rassistischen Gewalt entgegen zu stellen, denn es geht um Rassismus!

Jede Woche erleben wir auch beim AK Asyl wie sich immer mehr Menschen mit Geflüchteten auf unterschiedliche Art und Weise solidarisieren wollen. Sie unterstützen mit Sprachtraining, Behördenbegleitung, Freizeitangeboten und medizinisch/ psychologischen Behandlungen. Das ist wunderbar und gibt vielen Geflüchteten und auch uns die Kraft weiter zu machen.

So sind auch viele neue wertvolle Freundschaften zwischen geflüchteten und nicht geflüchteten Menschen entstanden. Hoffentlich aber haben auch <u>beide</u> Seiten voneinander gelernt und lernen weiter. Denn wir dürfen Geflüchtete innerhalb der Willkommenskultur nicht nur als Opfer sehen, denen geholfen und etwas erklärt werden muss, sondern müssen ihren Erfahrungen zuhören und selbst offen für die vielen Fragen sein, die sich aus dem Thema Flucht und Migration gesellschaftlich ergeben und müssen gleichberechtigt miteinander umgehen.

Wenn wir <u>wirklich</u> wollen, dass sich etwas ändert, müssen wir über die individuelle kurzfristige und humanitäre Hilfe hinaus gucken und politische Hintergründe und Perspektiven diskutieren. Wir müssen etwas gegen die nicht erst seit gestern bestehenden isolierenden Lebensbedingungen von Flüchtlingen in Deutschland tun. Wir müssen auch die Fluchtursachen angehen, die etwas mit <u>unseren</u> Privilegien und den Regierungen der reichen Länder zu tun haben und wir müssen die Kämpfe von Geflüchteten solidarisch und ernsthaft unterstützen.

Hier einige Beispiele:

In Baden-Württemberg haben letzten Monat FlüchtlingsaktivistInnen von "The Voice Refugee Forum" unter dem Motto "Fluchtursachen bekämpfen, Waffenexporte stoppen"-Aktionstage durchgeführt. Damit sollte auf die Mitverantwortung deutscher Rüstungsindustrie für Krieg und Flucht aufmerksam gemacht werden.

Seit vielen Jahren kämpfen FlüchtlingsaktivistInnen der Organisation Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen unter dem Slogan "We are here because you destroy our countries" um auf die Ausbeutung von Ressourcen und Unterstützung von Diktaturen in ihren Herkunftsländern aufmerksam zu machen. Beispiele sind die Ausbeutung von Öl in Nigeria, Coltan in Kongo und das Rückübernahmeabkommen mit der syrischen Regierung Assads, das es noch vor ein paar Jahren gab.

Ein anderes Beispiel der fehlenden Verantwortungsübernahme der europäischen Politik ist auch der Umgang mit den syrischen Flüchtlingen. Seit drei Jahren rufen bei uns beim AK Asyl immer wieder syrische Familien aus OWL an und fragen uns wie sie ihre Freunde aus Syrien rausholen können. Bis auf eine kurze Phase in der seit 2013 20.000 syrische Flüchtlinge über ein bundesweites Aufnahmeprogramm und weitere tausende über ein

Landesprogramm direkt einreisen durften, gab und gibt es aber nur die sogenannten illegalen lebensgefährlichen Einreisewege.

Jetzt kämpfen deshalb tausende Geflüchtete an den europäischen Außengrenzen auf das Recht die Kriegssituation und die völlig überfüllten Flüchtlingslager in der Türkei, Libanon und Jordanien verlassen zu können, weil sie keine Hoffnung auf Rückkehr mehr haben.

Aber auch diejenigen, die im Rahmen des Teile und Herrsche der bundesdeutschen Flüchtlingspolitik ausgegrenzt werden, kämpfen um ihre Rechte. In Hamburg besetzte letzte Woche eine Gruppe Roma den Michel um gegen Abschiebung und rassistische Diskriminierung von Roma zu demonstrieren. Obwohl z.B. Italien, Finnland, die Schweiz und Frankreich 2014 Schutzquoten zwischen 9 und 45 % für die Balkanstaaten hatten, will die BRD jetzt im Rahmen europäische Verhandlungen ihre Logik der sicheren Herkunftsländer durchsetzen. Wo bleibt hier die Auseinandersetzung mit Rassismus, mit der deutschen Geschichte und der Ermordung von ½ Million Roma während der NS-Zeit und einer Anerkennung des Leids und Unrechts damals und der rassistischen Diskriminierung gegen Roma heute?

Und ein letztes Beispiel aus Bielefeld. Seit Jahren kritisieren Geflüchtete und verschiedene Organisationen die Zustände in der Erstaufnahmeeinrichtung in Bielefeld an der Gütersloher Straße. Bewegt hat sich trotz vieler Gespräche leider seitdem wenig:

- Nach wie vor gibt es keine adäquate medizinische Versorgung.
- Seit 4 Jahren fordern wir eine Kleiderkammer, die auch jetzt noch nicht im Betrieb ist.
- Eine sozialpädagogische Betreuung ist kaum gewährleistet, viel zu viele Aufgaben werden lediglich vom Security-Personal gewährleistet, die dafür nicht ausgebildet sind und wo es durch Überforderungen und fehlendes Personal leicht zu Krisensituationen kommen kann.

Besonders skandalös ist aber der aktuell vom Innenminister vorgelegte asylrechtliche Gesetzesentwurf. Im Windschatten von Willkommenskultur und vielen Ehrenamtlichen, die auf individueller und humanitärer Ebene im Alltag Flüchtlinge unterstützen, sind aktuell und wohl schon länger auf Gesetzesebene zahlreiche Maßnahmen zur Entrechtung, Ausgrenzung und Diskriminierung von Flüchtlingen geplant. ...Konkret sollen alle Flüchtlinge, die unter die Dublin-III-Verordnung fallen und für deren Asylantrag ein anderer Mitgliedsstaat zuständig ist, keine Bezüge mehr aus dem Asylbewerberleistugnsgesetz erhalten. Das einzige was sie erhalten sollen ist Reiseproviant und eine Fahrkarte zurück nach Ungarn, Italien oder andere Staaten am Rande Europas. Auch die Flüchtlinge die gerade noch mit Applaus am Bahnhof empfangen wurden können schnell darunter fallen und in der Obdachlosigkeit. Landen.,

Hinter den Kulissen einer Willkommenskultur wird also an massiven Verschärfungen gearbeitet. Wenn wir nicht aufpassen - und ich hoffe dass alle die in den letzten Wochen aktiv geworden sind und selbst Kontakte mit Geflüchteten geknüpft haben das tun - dann werden wir eine Situation erleben, die ähnlich ist, wie die 1993 bei der Asylrechtsverschärfung. Am Donnerstag findet deswegen vor dem Kanzleramt eine Demonstration gegen den Gesetzentwurf statt, wir werden auf unserer Homepage die Einzelheiten und die Kritik an diesen Regelungen dokumentieren.

Wenn wir also gegen Nazis sind,, müssen wir uns nicht nur gegen die Anschläge auf Flüchtlingsheime einsetzen und diesen Biegida-Aufmärschen etwas entgegensetzen.

Gegen Nazis zu sein heißt gegen Rassismus zu sein.

Gegen Rassismus zu sein heißt gegen Krieg, Waffenexporte und für weltweite Gerechtigkeit sein.

Gegen Rassismus zu sein heißt, für das Recht auf Flucht und Schutz vor Verfolgung, rassistischer und sexistischer Gewalt und vor Krieg und Elend zu sein.